

**Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin**

Federführender Fachbereich Planung	Drucksachen-Nr. 185/2004	
Beschlussvorlage		
<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Planungsausschuss	01.04.2004	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

**Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4212 - Oberasselborn -
- Beschluss zur Aufstellung**

Beschlussvorschlag:

Für den Bereich „Oberasselborn“ ist die Klarstellungs- und Ergänzungssatzung

Nr. 4212 - Oberasselborn -

gem. § 34 Abs. 4 Nr. 1 und 3 BauGB aufzustellen.

Die Satzung erfasst im Wesentlichen die bebauten Grundstücke der Ortslage Oberasselborn und
Ergänzungsf lächen gegenüber der Bebauung Oberasselborn 10 und 12.

Die genauen Grenzen setzt die Satzung fest (§ 9 Abs.7 BauGB).

Sachdarstellung / Begründung:

Der Vorgang ist durch einen Bürgerantrag ausgelöst. Der Bürgerantrag ist beigelegt.

In der Vergangenheit wurden wiederholt und unter Einbeziehung der Bezirksregierung die Möglichkeiten zur Schaffung von Baurecht mit negativem Ergebnis geprüft.

Zuletzt wurde am 29.01.2004 im Planungsausschuss über den Sachstand berichtet. Der Planungsausschuss beauftragte die Verwaltung, alle Möglichkeiten zur Schaffung von Baurecht auszuschöpfen.

Da eine Außenbereichssatzung nach § 35 Abs.6 BauGB wegen der unzulässigen Erweiterung einer Splittersiedlung nicht in Frage kommt, verbleibt die Aufstellung einer Klarstellungs- und Ergänzungssatzung, mit der einzelne Außenbereichsflächen in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil einbezogen werden können. Die Satzung bedarf der Genehmigung durch die Bez.-reg.

Da in der Satzung auch die Flächen für den Ausgleich des Eingriffs in Natur und Landschaft durch die zukünftige Bebauung festgesetzt werden sollen (Flächen stehen unmittelbar angrenzend zur Verfügung), ist zunächst eine Umweltverträglichkeitsprüfung seitens des Antragstellers beizubringen.

Es wird daher vorgeschlagen, einen formellen Aufstellungsbeschluss zu fassen. Dieser wird dem Antragsteller mit der Aufforderung zur Erstellung einer UVP mitgeteilt.

Eine Übersichtskarte ist beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen:	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung:	
- Eigenanteil:	
- objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	